



ORGANISATIONSENTWICKLUNG

GdP-Workshop: So dezentral wie möglich – so zentral wie nötig

Es hat nicht viel mehr als eine Woche gedauert und das von der GdP geplante Kripo-Seminar am 5./6. Juni war „umgestrickt“ in einen zweitägigen Workshop zum Thema „Weiterentwicklung der Polizeiorganisation“. Ein hohes Maß an Interesse an dem hochaktuellen Thema und eine effiziente Steuerung durch die Bezirks- und Kreisgruppen der GdP sorgten für eine sowohl hochkarätige als auch repräsentative Besetzung. Sachbearbeiter aus Kriminal- und Polizeiinspektionen, Kommissariatsleiter in verschiedenen Dienststellentypen, PI-Leiter, KI-Leiter sowie Stellvertretende Dienststellenleiter konnte der Vorsitzende des Fachausschusses Kriminalpolizei, Hans-Jürgen Ladinek, für zwei arbeitsreiche Tage in Brodenbach begrüßen.

Der Workshop fügt sich in eine Mitte Mai durch das Innenministerium angestoßene Diskussion über die Fortschreibung der Organisation der RP-Polizei ein. Anfängliches Misstrauen und ein wenig Konfusion um verschiedene vorliegende Papiere waren schon zum Zeitpunkt des Workshops der Erkenntnis gewichen, dass die Polizeiabteilung kein „Betonkonzept“ vorgelegt hat, sondern an Kommentaren, Einschätzungen, Umsetzungsprognosen, Erfahrungswerten und Vorschlägen der Behörden sehr wohl interessiert ist. So war es auch nicht verwunderlich, dass das Referat des Kollegen Wolfgang Hertinger, „Referatsleiter“ im ISM, keine Einbahnstraße blieb.



Bernd Becker und Hans Jürgen Ladinek (vorne von links) begrüßten in Brodenbach hochkarätige Teilnehmer aus dem ganzen Land. Vorne rechts: Referent Wolfgang Hertinger (ISM).

„Es macht immer wieder Freude, mit Fachleuten zu diskutieren“, resümierte Hertinger nach mehr als vier Stunden Referat und Diskussion abschließend. Hertinger hatte zuvor die organisatorische Entwicklung der Polizei in Erinnerung gerufen, um dann die „Baustellen“ zu umreißen, an denen das ISM Bedarfe sieht, die vorhandene, grundsätzlich erfolgreiche, Organisation fortzuschreiben. Referat und Diskussion behandelten also insbesondere die folgenden Themen: Weiterer Aufgabenübergang von den Kriminalauf die Polizeiinspektionen, Implementierung des täterorientierten Ansatzes, Organisation der K-Dienststellen sowie die künftige Darstellung der Sachgebiete Jugendkriminalität. Sehr deutlich wurde, dass diese Fragen, je nach

Dienststellentyp, sehr unterschiedlich gesehen werden. Eine Differenzierung zwischen „Stand-

ort des PP“, „Standort der PD/KI“ und PI mit Kriminalbeamten in der Fläche zog sich wie ein roter Faden durch das Seminar. Eine zweite Erkenntnis scheint sich unaufhaltsam Bahn zu brechen: Behördenleiter, PD-Leiter und PI-Leiter sollten in ihrem jeweiligen Bereich über eigene organisatorische Kompetenzen verfügen. In Arbeitsgruppen entstanden am zweiten Tag des Workshops Alternativen und Vorschläge für eine Organisationsfortschreibung. Alle waren sich einig: „Das ist jetzt nicht der Vorschlag der GdP.“ Bernd Becker zog eine positive Bilanz der zwei Tage: „Es war gut, sich die Zeit zu nehmen, die man braucht, um die Dinge zu Ende zu denken und sich auch mit Sichtweisen anderer einmal intensiv zu beschäftigen.“

Die Ergebnisse flossen nach dem Workshop in die Arbeit der Fachausschüsse Kriminal- und Schutzpolizei sowie des Landesvorstandes ein und waren auch sehr hilfreich für die Diskussion in den Behörden. Die Seminar Teilnehmer definierten als „öffentliches Ergebnis“ einige Grundsätze (siehe Kasten).

Meine Meinung

Ernst Scharbach, GdP-Landesvorsitzender: „Die GdP begrüßt, dass im Zusammenhang mit der Organisationsfortschreibung auch die Stärkung der Kompetenzen auf Inspektions-, PD- und PP-Ebene wieder diskutiert wird. Wir sind für jeden Vorschlag dankbar. Es geht darum, das richtige Maß zu finden zwischen Zentralisierung und Spezialisierung auf der einen Seite und dezentralem Polizeiangebot in der Fläche auf der anderen Seite. Der Weg ist vielerorts im Land durch die Praxis bereits vorgezeichnet“.

Die Organisationsfortschreibung der RP-Polizei sollte sich an den folgenden Maßstäben orientieren:

- Jede Regelung soll Zeit haben, ihre Vorteile zu entfalten.
- Jede Änderung muss einen „Mehrwert“ erwarten lassen.
- Änderungen sollen schrittweise und harmonisch erfolgen.
- Es verbieten sich Paradigmenwechsel in kurzen Intervallen.
- In unterschiedlichen Behörden können unterschiedliche Lösungen möglich sein.
- Maßstab für Änderungen sollten die Lösungen sein, die sich die Praxis selbst gesucht hat.
- Bei der Aufgliederung einer Dienststelle sollen einerseits arbeitsfähige und andererseits „führbare“ Organisationseinheiten entstehen.
- Es gibt einen Zusammenhang zwischen Personalstärke und Aufbauorganisation.
- In der Kriminalpolizei muss die „Fachkarriere“ bis A12/A13 möglich sein.

Helmut Conradt ausgezeichnet

Hohe Auszeichnung für den GdP-Ehrenvorsitzenden Helmut Conradt: Auf Vorschlag des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck zeichnete ihn Bundespräsident Johannes Rau mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland aus. Das Verdienstkreuz am Bande ist die höchste Auszeichnung, welche die Bundesrepublik Deutschland für Verdienste um das Allgemeinwohl vergibt.

In einer Feierstunde im rheinland-pfälzischen Innenministerium nahm Innenminister Walter Zuber die Auszeichnung vor und würdigte im Kreise von Familienmitgliedern sowie Führungskräften des Innenministeriums und der Polizei das Wirken des verdienten Gewerkschafters.

In über 30 Jahren gewerkschaftlicher Arbeit in der GdP auf allen Ebenen bis zum Bundesvorstand habe Helmut Conradt sich in herausragender Weise



Innenminister Walter Zuber gratuliert Helmut Conradt.

für die Interessen der Polizeibeschäftigten engagiert. Er sei Mitglied des Bundesvorstandes der GdP, Vorsitzender der Gewerkschaft in Rheinland-Pfalz und zugleich stellvertretender Vorsitzender des Hauptpersonalrates Polizei bei ISM gewesen.

Helmut Conradt habe sich in herausragender Weise für die gesellschaftliche Anerkennung der Berufspolizei im Sinne einer „Bürgerpolizei“ eingesetzt. In den 70er Jahren habe er mit Erfolg Veränderungen der damals militärisch geprägten Ausbildung in der Bereitschaftspolizei hin zu einer „zivilen Polizei“ angestoßen, erklärte Zuber. „In sämtlichen Ebenen und Gremien haben Sie

sich unermüdlich für die Anerkennung und das Image der Polizei Rheinland-Pfalz in der Öffentlichkeit eingesetzt und dadurch das Ansehen der rheinland-pfälzischen Polizei – mithin eine wesentliche Voraussetzung für eine wirkungsvolle Kriminalitätsbekämpfung – verbessert“, so der Minister.

Helmut Conradt erinnerte in seiner Dankesrede an die Schwerpunkte seiner gewerkschaftlichen Arbeit. Es war ihm immer daran gelegen, Fortschritte in Ausbildung, Laufbahn, Arbeitsstrukturen, Unterbringung oder Technik zu erreichen und dazu habe er über 30 Jahre in verschiedenen Funktionen viele erfolgreiche

Gespräche mit Vertretern der Politik, des Innenministeriums und der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen geführt. Im Herzen werde er wohl immer Gewerkschafter sein, auch wenn er heute nicht mehr in aktiver Funktion tätig wäre. Er sei stolz auf das, was die GdP von ihren Anfängen bis zum heutigen Tage für die Polizei und die Gesellschaft geleistet hat und leistet – auch wenn dies nicht immer das Wohlgefallen des Dienstherrn gefunden hat und findet. Das liege in der Natur der Sache und könne bei gegenseitiger Anerkennung der unterschiedlichen Rollen und Aufgaben auch ertragen werden. Die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes empfinde er nicht nur als Auszeichnung für die persönliche Tätigkeit, vielmehr wäre damit die Arbeit der GdP insgesamt gewürdigt worden. Er nehme die Auszeichnung stellvertretend für diese GdP entgegen, betonte Helmut Conradt.

Die GdP zeigt sich sehr erfreut, dass der Bundespräsident nach Hermann Lutz nun auch dem zweiten Ehrenvorsitzenden der GdP Rheinland-Pfalz das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen hat.



Ausgabe:
Landesbezirk Rheinland-Pfalz
Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: <http://www.gdp-rp.de>
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (vi.S.d.B)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28
vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470

DIALOG

Minister Zuber besucht die GdP

Es beginnt eine neue Etappe im politischen Dialog. Innenminister Walter Zuber nahm die Einladung des GdP-Landesvorstandes zu einem Gespräch im neuen GdP-Bürogebäude in Mainz-Hechtsheim an. Das ist ein gutes Zeichen, weil über den nach wie vor bestehenden Dissens bei der Verlängerung der Lebensarbeitszeit hinaus andere wichtige Themen und Forderungen der GdP auf der Tagesordnung stehen, die besprochen werden müssen. Bei dem Gespräch am 23.

Juni ging es unter anderem um folgende Punkte:

- Erste Einschätzungen für das im Auftrag des Landtages zu entwickelnde Personalkonzept für die Polizei
- Planungen für Veränderungen der Personalstruktur bei den Polizeipräsidien und daraus resultierende Korrekturen für die Parameter im Umsetzungs- und Versetzungsgeschehen
- Den aktuellen Stand der organisatorischen Veränderungen bei der Kriminalpolizei

- Die Entwicklung beim Anschluss an Impol-Neu und beim Digitalfunk

- Gerüchte, dass die LBB, der die Verwaltung der Gebäude der Polizei übertragen ist, nun auch das Personal der Personalverwaltung für die Betreuung der Liegenschaften übernehmen will.

Da der Gesprächstermin nach Redaktionsschluss lag, berichten wir ausführlich in der nächsten Ausgabe von DEUTSCHE POLIZEI.

GdP VOR ORT

Bereitschaftspolizei plant neu

Die Bereitschaftspolizei wird ihre Personalentwicklungsplanung für die nächsten Jahre neu ausrichten. Ziel ist es, den hohen qualitativen Standard bei Einsatzmaßnahmen zu halten und auszubauen.

Das wirft einige Probleme auf: Gegenwärtig ist die Personaldecke dünn, weil zu wenig Einsatzkräfte in den Hundertschaften zur Verfügung. Aber das Bild dreht sich, denn 2004 und 2005 schließen rund 600 junge Polizistinnen und Polizisten ihre Ausbildung an der FH ab und sollten eigentlich zunächst für zwei Jahre in den operativen Einheiten der Bereitschaftspolizei Verwendung finden. Das wird nicht in dem bis-

her praktizierten Verwendungs- und Fortbildungsverfahren gehen, denn den damit verknüpf-

ten Aderlass an erfahreneren Einsatzsachbearbeitern könnte die Bereitschaftspolizei kaum ver-

kraften. Beim Besuch vor Ort in der Direktion der Bereitschaftspolizei diskutierten Helmut Knerr, Stellvertretender GdP-Landesvorsitzender, und GdP-Sekretär Thomas Will mit dem Leiter der Bereitschaftspolizei Lothar Funk und seinem neuen Vertreter Thomas Brühl über Personalplanung, Einsatzerfordernisse, Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Unterbringungs- und Ausstattungsfragen.

Die überarbeiteten Planungen will die Bereitschaftspolizei bis nach der Sommerpause abschließen und in den Abstimmungsprozess auf Landesebene einbringen.



V. l. n. r.: Lothar Funk, Thomas Will, Thomas Brühl, Helmut Knerr

GdP IM GESPRÄCH

PDS RP gegen Öffnungsklausel

„Die Partei des Demokratischen Sozialismus in Rheinland-Pfalz ist eindeutig gegen die Einführung einer Öffnungsklausel im öffentlichen Dienst“, bekräftigte der Landesvorsitzende der PDS Peter Fischer die Haltung seiner Organisation. In der GdP-Zentrale Mainz-Hechtsheim begrüßten Landesvorsitzender Ernst Scharbach, der stellv. Vorsitzende

Bernd Becker und der stellv. Kassierer Heinz Werner Gabler die Delegation der PDS (Martin Klein, Jürgen Lochner und Harald Kempf) zu einem intensiven Meinungsaustausch. Die Haltung der PDS im Berliner Senat teile man nicht. Die rheinland-pfälzische Delegation werde auf dem Sonderparteiabend der PDS in Berlin für den Erhalt des Flächentarif-

vertrags auch im öffentlichen Dienst eintreten. Es müsse bei einheitlicher Entlohnung im Bundesgebiet bleiben und auch der Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder sei gegen die Interessen der Beschäftigten gerichtet. Einigkeit herrschte in dem Gespräch auch über die Gefahren zunehmender Privatisierung staatlicher Leistungen. Auch die Poli-

zeiarbeit gerate unter Privatisierungsdruck. Weitere Diskussionspunkte waren die Agenda 2010 des Bundeskanzlers, die Haltung der kommunistischen Plattform und die Probleme bei der Formulierung einer alternativen Wirtschaftspolitik im Licht der Europäisierung und der Globalisierung. Es wurde vereinbart, den Gedankenaustausch fortzusetzen.

KURZ BERICHTET

Vertrauen für GdP

Die Polizeibeschäftigten stehen zu ihrer GdP. In Schleswig-Holstein erreichte die GdP bei den Personalratswahlen im Mai 2003 über 77% der Stimmen. Ein ähnliches Bild wie in Rheinland-Pfalz: Die GdP stellt im Hauptpersonalrat Polizei 13 von 19 Mitgliedern, die Vorsitzenden und kompletten Vorstände der fünf Gesamtpersonalräte bei den Polizeipräsidien und 40 von 41 Mitgliedern der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV).

Betreuungsnetz

Mit einem Netzwerk aus Sozialbetreuern, sozialen Ansprechpartnern, der Polizeiseelsorge, den Polizeipsychologen und fünf Kriseninterventionsteams gewährleisten die Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen ein flächendeckendes und jederzeit verfügbares Betreuungs- und Unterstützungsangebot für Polizeibeschäftigte, die besonderen beruflichen Belastungen ausgesetzt sind. Es gibt inzwischen sieben hauptamtliche Sozialbe-

treuerinnen und Sozialbetreuer und 36 nebenamtlich tätige soziale Ansprechpartner.

EWOIS in Betrieb

Die Kommunen haben aktuell die neue Auflage des Einwohnerinformationssystems EWOIS in Betrieb genommen. Das Land hat dazu den 212 Behörden Programme und Lizenzen zur Verfügung gestellt. Überörtliche Aufgaben werden in einem Integrationssystem erledigt. Damit können Polizei und Finanzverwal-

tung nach wie vor direkt auf die wichtigen Einwohnerdaten zugreifen.

Reisekosten

Ansprüche nach Dienstreisen verfallen schneller. Nach § 3 Abs. 5 Landesreisekostengesetz muss die Reisekostenvergütung innerhalb einer Ausschlussfrist von sechs Monaten bei der zuständigen Behörde schriftlich beantragt werden. Die Frist beginnt mit dem Tag der Beendigung der Dienstreise.

Rheinland-Pfalz gut platziert

Bei der Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn in der Polizei liegt Rheinland-Pfalz nach wie vor mit an der Spitze aller Bundesländer. Seit Beginn der Reform wurden 5716 Stellen in den gehobenen Dienst und 81 Stellen in den höheren Dienst umgewandelt. Rheinland-Pfalz hat bei der Kriminalpolizei stellenplanmäßig die Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn vollzogen. Bei der Schutzpolizei ist ein Umsetzungswert von 71,7 v. H. erreicht.

Polizei: Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn

Bundesland	Schutzpolizei	Kriminalpolizei	Stand der Einführung bzw. Umsetzung
Baden-Württemberg	Nein	Ja	Die Einführung für die Schutzpolizei ist derzeit nicht geplant; bei der Kriminalpolizei wird die Umsetzung bis 2004 realisiert
Bayern	Nein	Nein	Eine Umstellung auf die zweigeteilte Laufbahn Polizei ist nicht beabsichtigt
Berlin	Ja	Ja	Mit der Einführung wurde 1996 begonnen; unter Beachtung der schwierigen haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen kann für die sukzessive Umsetzung ein Abschlusstermin nicht genannt werden
Brandenburg	Nein	Nein	Die Einführung ist derzeit nicht geplant
Bremen	Ja	Ja	Mit der Einführung wurde 1999 begonnen; nach einem Stufenplan soll die Umsetzung bis 2008 vollzogen sein
Hamburg	Nein	Ja	Die Einführung bei der Schutzpolizei ist derzeit nicht geplant; bei der Kriminalpolizei ist die Umsetzung vollzogen
Hessen	Ja	Ja	Mit der Einführung von 1991 begonnen; die Umsetzung wurde zum 01.08.2002 vollzogen
Mecklenburg-Vorpommern	Nein	Nein	Die Einführung ist derzeit nicht geplant
Niedersachsen	Ja	Ja	Die Einführung wurde 1994 beschlossen; die Umsetzung soll 2004 vollzogen sein
Nordrhein-Westfalen	Ja	Ja	Ab 2002 werden Bewerber/innen nur noch für den gehobenen Polizeidienst eingestellt; die Überleitung der noch vorhandenen Planstellen im mittleren Dienst soll in acht Jahresschritten bis 2009 erfolgen
Rheinland-Pfalz	Ja	Ja	Mit der Einführung wurde 1992 begonnen; bei der Kriminalpolizei ist die Umsetzung vollzogen. Mit den Stellenansätzen des Haushaltes 2003 wird bei der Schutzpolizei ein Umsetzungswert von 71,7 v.H. erreicht
Saarland	Ja	Ja	Mit der Einführung wurde 2001 begonnen; nach einem Stufenplan soll die Umsetzung bis 2005 vollzogen sein
Sachsen	Nein	Nein	Die Einführung ist derzeit nicht geplant
Sachsen-Anhalt	Nein	Nein	Die Einführung ist derzeit nicht geplant
Schleswig-Holstein	Ja	Ja	Bei der Kriminalpolizei wurde die Umsetzung in 2000 realisiert; bei der Schutzpolizei wird derzeit ein Anteil von 40,9 v.H. erreicht
Thüringen	Nein	Nein	Die Einführung ist derzeit nicht geplant

GdP UND KUNST

Sandra Reisch stellt aus

Sandra Reisch, 26 Jahre alt, wurde 1994 in Enkenbach eingestellt und verrichtet derzeit ihren Dienst bei der Technischen Einsatz Einheit bei der Bereitschaftspolizei.

Nach anfänglichen Exkursen in die Aquarellmalerei, über Rötelzeichnungen und Ölmalerei, ist sie schließlich bei der Acrylmalerei hängen geblieben; allerdings nicht im üblichen Sinne.

Die Bilder sind zeitgenössisch-plastisch und nichts ist davor sicher, nicht mit ins Bild eingearbeitet zu werden. Egal ob Draht, Gips, Steine, Metall, Per-



Sandra Reisch

len, Glitter bis hin zu ganzen Gegenständen wie Vögeln oder Schmetterlingen (nicht echt!) sind auf den Bildern wiederzufinden. Ein sicherlich sehr moderner Kunstzweig.

Einige Werke von Sandra werden in der Geschäftsstelle der GdP in Mainz-Hechtsheim ausgestellt. Besucher sind jederzeit herzlich willkommen!

SEMINARPLAN 2003

GdP lädt ein

Aktuelles mischt die GdP im Seminarplan 2003 mit bewährten Fortbildungsseminaren. Das Angebot zur Bildung bei der GdP steht allen Polizeibeschäftigten offen. Die Seminare finden im Hotel „Peifer“ in Brodenbach an der Mosel statt. Die GdP trägt die Kosten für Unterbringung und Verpflegung sowie die Reisekosten. Sonderurlaub kann für alle Seminare beantragt werden. Personalratsmitglieder werden für die Fortbildungsseminare freigestellt.

Anmeldungen zu den Seminaren bitte an unsere Kreis- und Bezirksgruppen oder direkt an Gewerkschaft der Polizei
 Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
 55129 Mainz
 Fax: 0 61 31 – 9 60 09 99
 E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
 Seminare für Polizeibeschäftigte

21. und 22. Juli
Tarifseminar für Anfänger
 – Arbeitsgrundlagen, Organisation und soziale Sicherung – Polizeiberuf für Tarifbeschäftigte –

Angestellte und Arbeiter/Innen der Polizei

13. und 14. Oktober
Seminar Frauen
 ● Konflikte im Berufsalltag
 ● Häusliche Gewalt im Fokus
 ● Bestandsaufnahme: Gleichstellungsarbeit bei der Polizei
 Interessierte Kolleginnen aus allen Polizeibereichen

20. und 21. Oktober
Seminar JUNGE GRUPPE
 – Rolle der Gewerkschaften
 Erwartungen der jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter –
 Polizeibeschäftigte bis 30

23. und 24. Oktober
Seminar Kriminalpolizei
 – Einflüsse der sich verändernden Demographie auf die Kriminalitätsentwicklung –
 Polizeibeschäftigte vorrangig aus dem Kriminaldienst

20. und 21. November
Seminar Schichtdienst
 – Organisation, Arbeitsstruktur und Personalentwicklung im

Wechselschichtdienst Polizei –
 Polizistinnen und Polizisten aus den Polizeiinspektionen und -wachen sowie dem KDD

Oktober/November
Grundseminar GdP
 Interessierte Polizeibeschäftigte und GdP-Vertrauensleute

8.–9. Dezember
Workshop Schutzpolizei
 – Sicherheit und Kriminalitätsentwicklungen in Rheinland-Pfalz –
 Polizistinnen und Polizisten aus den Polizei- und Verkehrsdirektion sowie der Bereitschaftspolizei

15.–17. Dezember
Aufbauseminar GdP
 – Fortbildungsseminar für Teilnehmer von Grundseminaren (Sonderausschreibung)
 Fortbildung Personalräte

17.–19. November
PR-Seminar II
 – Personalratsarbeit effektiv gestalten: Personalratsarbeit, Sit-

zungen, Verhandlungen mit der Dienststelle –
 Fortbildungsseminar für Personalratsmitglieder

26.–28. November
PR-Seminar III
 – Zusammenarbeit zwischen Personalrat und Schwerbehindertenvertretung, Sozialbetreuern, Fachkräften für Arbeitssicherheit –
 Fortbildungsseminar für Personalratsmitglieder

Anzeige

Urlaubsreif?

Günstiger verreisen mit

PSW-Reisen

Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 23

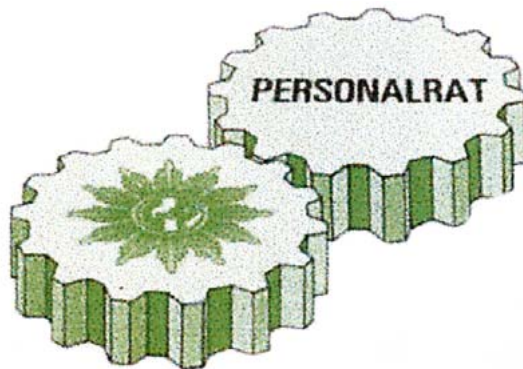
Aus dem HPRP

Nach der Information der Behördenleiter am 20. 5. informierte der Abteilungsleiter Polizei Hanns Peter Ludwig den HPRP über die aktuellen Vorstellungen des ISM zu organisatorischen Veränderungen in der **Kriminalitätsbekämpfung**. Die OrgPol soll flexibilisiert werden und die Behörden mehr, auch in gewissem Rahmen auch eigenständige, Verantwortung übernehmen. Die Präsidien wollen bis zum 1. 7. eine gemeinsame Stellungnahme gegenüber dem ISM erarbeiten. Das ISM ist gegenüber dem Landtag vorlagepflichtig bis zum 15. 10. Die Konkretisierung der Veränderungen durch das Parlament lasse sich derzeit noch nicht absehen. Daher sei auch die Frage der Mitbestimmung noch offen.

Herr Kluge und Herr Doppler stellten dem HPRP die Software zur Einrichtung der **Kostenstellenrechnung** vor. Parallelaufwand bei Erfassung und Bearbeitung

würden vermieden. Mehraufwand entstehe bei der Einrichtung, danach gehe man von einer Entlastung aus. Die Pflege erfolge durch PV, die Übernahme der

Brandt mit dem HPRP. Der 18-monatige Versuch in den PP Trier und Westpfalz sei zur allgemeinen Zufriedenheit verlaufen. Die Verkehrsdirektionen der Rhein-



Daten von IRMA wird noch erarbeitet. Das ISM wird selbst den Probetrieb durchführen. Mit der Einführung im Polizeibereich sei im Spätsommer zu rechnen.

Die Zukunft der **Verkehrsdirektionen** war Gegenstand des Gesprächs von Koll. Franz Josef

schiene seien von der Neuregelung nicht betroffen.

Die Ministerien planen die Einführung eines **Jobtickets** im Einzugsbereich der Landeshauptstadt. Der HPRP richtete eine AG unter Mitwirkung der betroffenen Personalräte ein,

deren Leitung Koll. Wolfgang Faber übernimmt.

Die **Freifahrten** für uniformierte PolizistInnen wurde ab dem 1. 6. 2003 von Seiten der DB AG auch auf die 2. Klasse in allen Zügen der DB Reise & Touristik AG (Fernverkehr) ausgeweitet.

Studentenvertreter der FH und des ASA hatten um Prüfung gebeten, ob der Abstand zwischen schriftlicher und **mündlicher Prüfung**, die derzeit drei Monate beträgt, um die Hälfte zu verkürzen. Die entsprechende Anregung des HPRP gegenüber dem ISM wurde abschlägig beschieden. Die notwendigen Erst-, Zweit- und Drittkorrekturen erforderten ebenso ihre Zeit wie die individuelle Zulassung zur mündlichen Prüfung, die zwei Wochen vor der Prüfung erfolgen müsse.

*Dieter Kronauer (Arbeiter),
Annemarie Grindel
(Angestellte),
Ernst Scharbach (Beamte)*

JUNGE GRUPPE

Start-Up-Party in Enkenbach



Jede Menge Spaß hatten die neu eingestellten Polizei-Anwärter, rund 150 angereiste Kollegen sowie Vertreter der JAV und der JUNGEN GRUPPE im Bereitschaftspolizeistandort Enkenbach-Alsenborn auf der Start-Up-Party der GdP am 27. 5. 2003. DJ und Party-Team sorgten für gute Stimmung und es wurde ausgiebig gefeiert, aber trotzdem hieß es am nächsten Tag wieder: Dienst nach Plan und aufstehen in aller Frühe!

Anzeige

Neues Auto?

Günstige Konditionen beim

Polizeisozialwerk
Rheinland-Pfalz GmbH

0 61 31 – 9 60 09 20

PK aus Hessen sucht aus dringenden familiären Gründen
Tauschpartnerin/Tauschpartner

aus Rheinland-Pfalz.

Zuschriften unter VDP/AV
610945-1, Pf. 309, 40703 Hilden

Vom Winter auf Sommer in 25 Sekunden



206 CC



Der neue PEUGEOT 206 CC Filou

Lassen Sie sich von seinem Charme fesseln und starten Sie schon jetzt in den Sommer: Auf Knopfdruck wird aus dem rassigen Coupe in nur 25 Sekunden ein elegantes Cabrio. Und das zu einem unwiderstehlichen attraktiven Preis. Mit

- 1.6 l 16 V
- 80 kW (109 PS)
- 4 Airbags
- ABS-Notbremsassistent und ESP serienmäßig
- Sportsitzen
- elektrische Fensterheber vorn und hinten
- Außenspiegel elektrisch verstell- und beheizbar

Super Konditionen beim

Telefon: 0 61 31/9 60 09-20



Scherbenhaufen

Der Scherbenhaufen ist inzwischen überall . . .

Ich habe in meinem Bereich in den letzten Wochen die jährlichen Personalversammlungen durchgeführt und musste feststellen, dass nur noch ca. 15–20% der Kolleginnen und Kollegen daran teilnehmen. Dies war aber nicht alleine in meinem Bereich so, aus anderen Direktionsbereichen wurde mir das Gleiche mitgeteilt. Was ist die Ursache? Liegt es an den Personalräten und ihrer Arbeit? Ich habe bei vielen Kolleginnen und Kollegen nachgefragt und erhielt fast überall die gleichen Antworten: „Was sollen wir den da? – Nur um mir anzuhören wie gut wir gearbeitet haben, welches tolle Ergebnis die Dienststelle erzielt hat, dass es auch in Zukunft nicht mehr Personal gibt? – Nein das muss ich mir nicht antun, da ist mir meine ohnehin schon knappe Freizeit zu kostbar und während des Dienstes habe ich dazu keine Zeit, da bleibt mir zuviel liegen was ich dann wieder in längerer Arbeitszeit nachholen muss.“

„Ja aber“, halte ich dann entgegen, „da könnt ihr doch die Dienststellenleitung, den Behördenleiter direkt ansprechen und die Probleme darlegen und Antworten einfordern“

„Die Antworten kann ich mir ersparen, politische Vorgaben, angespannte Haushaltslage etc.“

So ist die Stimmung in den Dienststellen und dies bestätigt meine Auffassung, dass der Scherbenhaufen nicht nur vor dem ISM auf dem Schillerplatz war, nein

der Scherbenhaufen ist inzwischen in jeder Dienststelle, in jeder Dienstgruppe, in jedem Kommissariat. Gerade jetzt, als die meisten Kolleginnen und Kollegen die 52,- € für die Selbstbeteiligung bei der Beihilfe für die Monate Januar–April zu den 13,- € für den Monat Mai auf Ihrer aktuellen Gehaltsmitteilung vorfinden und vielleicht noch den ersten Beihilfebescheid zurückbekamen mit einem Minus von 150,- € und mehr.

Dazu gesellt sich ausbleibende Beförderung, Verschiebung der Besoldungsanpassung, weniger Ausbildungsplätze beim ASL, längere Lebensarbeitszeit, Kürzung der Versorgungsbezüge etc. Ohne das was noch im Raume steht, wie Streichung des Urlaubsgeldes, Kürzung der Sonderzahlung zu Weihnachten usw.

Der Polizeiberuf ist ein Beruf der durch seine Attraktivität und Engagement getragen wird.

Dazu muss es Motivation geben um Erfolge bei der täglichen Arbeit zu erzielen.

Das alles liegt auf dem Scherbenhaufen. Bleibt zu hoffen, dass die nächste Landesregierung etwas Kitt mitbringt um diese Scherben zumindest teilweise wieder zusammenzufügen – von dieser Landesregierung dürfte dies wohl nicht mehr zu erwarten sein.

*Gerhard Remmet
Personalratsvorsitzender
PD Bad Kreuznach*

Vertrauen verloren

Am 20. 3. 2003 habe ich mich schriftlich an die Landtagsabgeordneten meines Wahlkreises gewandt und ihnen meine Sicht zur Änderung des § 208 LBG dargelegt.

Es ging mir hierbei nicht darum, die allgemeinen Schilderungen loszulassen, die jeder schreibt. Vielmehr wollte ich aus meiner persönlichen und dienstlichen Sicht heraus Dinge darstellen, die nichts mit Zahlen, Kosten und Statistiken zu tun haben. Ich denke, das ist mir auch gelungen.

Antworten erhielt ich von den MdL Renate Pepper und Sigurd Remy.

Und wisst Ihr was? Die hätten einfach beide Namen gemeinsam auf einen Brief schreiben können, dann hätte man für das zweite Antwortschreiben die drei Blatt Papier und das Porto gespart.

So wie mir wird es vielen Kollegen gegangen sein, die in einem **persönlichen** Brief ihre **persönliche** Sicht darstellten, **persönliche** Erfahrungen darlegen konnten und dementsprechend eine **persönliche** Antwort verdient hatten. Aber das war wohl zuviel verlangt.

Außer der Tatsache, dass Frau Pepper sich „herzlich“ für mein Schreiben bedankt und Herr Remy nicht, gleichen die beiden Briefe sich bis aufs letzte Wort.

NICHT MIT EINER EINZIGEN SILBE lässt einer der beiden erkennen, dass mein Brief überhaupt gelesen oder sonstwie zur Kenntnis genommen wurde.

Jemand aus dem Umfeld der SPD hat sich scheinbar die Mühe gemacht – einmalig und stellvertretend für alle – die Fakten niederschreiben und dies als Vorlage den übrigen geplagten und vielbeschäftigten Damen und Herren Abgeordneten zur Verfügung gestellt, damit diese nicht so viel Arbeit haben mit den lästigen Briefen der Polizisten.

Ich empfinde es als Unverschämtheit, mich und alle anderen Kollegen in dieser Form abzuspiesen. Ich bin nicht nur Diener des Landes Rheinland-Pfalz, ich bin auch steuerzahlende Bürgerin und Wählerin. Und spätestens als solche habe ich verdient, dass man mein Anliegen zur Kenntnis nimmt und sich darum kümmert.

Für mich hat das Verhalten der Landesregierung im Zusammenhang mit dem Kampf und den Protesten der letzten Monate deutliche Eindrücke hinterlassen, die ich wahrscheinlich nie mehr los werde. Nicht nur, dass mein ohnehin erheblich angekratztes Verhältnis zur Politik endgültig zusammengebrochen ist, ich habe auch das Vertrauen in die Sicherheit und Beständigkeit meines Berufsstandes verloren.

Jutta Behnke

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Hans Lauterborn, PD Wittlich, Mai 2003
Manfred Schneider, Bepo Schifferstadt, Mai 2003
Karl-Otto Hofmann, PP/PD Mainz, Mai 2003
Arnold Kaiser, Landespolizeischule, Mai 2003
Rolf Merz, PP/PD Mainz, Mai 2003
Rolf Langenbahn, Rhein-Nahe, Juni 2003
Heinrich Geissel, PD Pirmasens, Juni 2003
Goswin Förster, Bepo Enkenb.-Alsenborn, Juni 2003

STERBEFÄLLE

Michael Leistler, PP/PD Mainz, 91 Jahre
Walter Giffhorn, Vorderpfalz, 87 Jahre
Reiner Schuster, Vorderpfalz, 59 Jahre
Ehem. v. Kollegin Katharina Schuster,
Bernd Wiegner, PP/PD Mainz, 61 Jahre
Erich Westphal, Rhein-Nahe, 87 Jahre
Elli Huber, PD Kaiserslautern, 91 Jahre
Witwe von Kollege Adolf Huber
Franz Schuster, PD Pirmasens, 90 Jahre
Paul Wilke, PD Neustadt, 82 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.